

ROLF REISSIG

Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung

Erfahrungswerte und Anregungspotenziale

Aus der Beobachtung und Analyse der Politik der Berliner PDS in Regierungsverantwortung können – unter Berücksichtigung des ehemaligen Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt und der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch der Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa – einige Erfahrungen abgeleitet und problematisiert sowie strategische Schlussfolgerungen formuliert werden.

Das Projekt »Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung« ist ein Projekt strategischen Lernens.

Im Unterschied zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Existenz einer einflussreichen und koalitionsfähigen Partei links von der Sozialdemokratie keine Normalität. Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung galt als unvorstellbar. Die PDS, hier und im folgenden idealtypisch als Synonym für eine linkssozialistische Partei bzw. linkssozialistisches Projekt verstanden,* wäre demnach der erste Ansatz, dies zu ändern.¹

Ihre Regierungsbeteiligung ist in der Bundesrepublik praktisch-politisch und theoretisch-konzeptionell Neuland und ein einmaliger gesellschaftlicher »Test« für die Partei selbst, aber auch für die demokratische Linke, die Öffentlichkeit und die politische Kultur des Landes.

Als Projekt strategischen Lernens spielt »Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung« bislang jedoch weder in der PDS und ihrem Umfeld noch in der politischen Öffentlichkeit und im politikwissenschaftlichen Diskurs eine ernsthafte Rolle. Das in diesem Projekt enthaltene Reflexions- bzw. Anregungspotenzial – z. B. zu Fragen über die heutigen Regulations- und Steuerungsmöglichkeiten, über effektive Instrumente politischer und sozialer Gestaltung angesichts der Krise des Staatskapitalismus, über alternative Handlungsoptionen, über Einstiegs- und hegemoniefähige Transformationsprojekte, über das perspektivische Zusammenwirken der demokratischen Linken – bleibt deshalb weitgehend unerschlossen.

Für die PDS bildet der Umgang mit diesem Projekt einen Prüfstein ihrer Fähigkeit zum Organisationslernen als Erfahrungslernen.

Die Diskussion über Regierungsbeteiligungen linkssozialistischer Parteien wurde in der Bundesrepublik bislang aufgrund der strukturellen Schwäche des Linkssozialismus zumeist als theoretische Ob-

Rolf Reißig – Jg. 1940, Prof. Dr., Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), letzte Buchpublikationen u. a.: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Campus Verlag Frankfurt/Main/New York 2002; Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Dietz Berlin 2000; Artikel und Beiträge in Fachzeitschriften und Tagespresse. Demnächst: Rolf Reißig, Michael Thomas (Hrsg.): Neue Chancen in alten Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen, LIT Verlag Münster, Hamburg, Berlin, London 2005 (i. E.).
Foto: privat

und nicht als praxisorientierte Wie-Debatte geführt.² Eine solche Einengung der Diskussion widerspricht der geänderten gesellschaftlichen Praxis.

Regierungsbeteiligung wird wie Opposition zu einem immanenten Bestandteil der Politik einer linkssozialistischen Partei. Dies belegen nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer und kommunistischer Parteien in Westeuropa.³ In der heutigen Bundesrepublik gilt das vor allem für die neuen Bundesländer, wo die PDS sowohl im Parteiensystem wie in der Gesellschaft verankert ist.

Im politischen Wettbewerb bildet die Frage Opposition oder Regierungsbeteiligung für Parteien in Systemen parlamentarischer Demokratien keinen grundlegenden Gegensatz. Dies sollte auch für linkssozialistische Parteien gelten. Sie sind Teil dieses politischen Wettbewerbs um politischen Einfluss und Macht geworden. Zumindest dann, wenn man sich die Funktion von Parteien im parlamentarisch-politischen System der Bundesrepublik vergegenwärtigt. Regierungsbeteiligung ist für eine linkssozialistische Partei nicht einfach nur »Schadensbegrenzung« und »notwendiges Übel«, sondern eine legitime und unter Umständen innovative Bewegungsform von Politik, von politischem Handeln.

Politische Parteien verfolgen u. a. das Ziel, ihr Programm, ihre Alternativen, also ihre Politik auch in die Realität umzusetzen. Dass sich über Regierungsbeteiligung und -macht dafür prinzipiell neue Möglichkeiten bieten, ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Obgleich Regierungshandeln in systembedingte Logiken und Sachzwänge eingebunden ist und die Spielräume auf Landesebene enger geworden sind, impliziert Regierungshandeln immer Möglichkeiten politischer Gestaltung und gesellschaftlicher Veränderung. Streben doch auch solche Parteien, die eine oppositionelle Rolle einnehmen wollen, politischen Einfluss an und versuchen, im parlamentarischen Regierungssystem nicht zuletzt der Regierung ihren positiven Gestaltungswillen aufzuzwingen. Das Parlament *allein* als Bühne und als Sprachrohr außerparlamentarischen Protests zu nutzen, kann auch für linkssozialistische Parteien nicht die allein bestimmende strategische Grundorientierung sein.

Dennoch kann es für eine Partei unter Umständen eine wesentlich erfolversprechendere Strategie sein, die Rolle der Opposition im politischen System einzunehmen.

Eine linkssozialistische Partei benötigt deshalb eine kohärente Gesamtstrategie, die das Wechselverhältnis von Opposition und Regierungsverantwortung als zwei Formen politischen Handelns sowie ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede neu definiert. Dazu bieten die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung in Berlin neue Erkenntnisse.

Über die Zukunft einer linkssozialistischen Partei entscheidet jedoch nicht zuerst die Frage Regierungs- oder Oppositionspartei, sondern die Frage ihres Profils, ihrer Glaubwürdigkeit, ihrer Kompetenz und gesellschaftlichen Verankerung.

Ob Regierungsbeteiligung tatsächlich angestrebt oder wahrgenommen wird – dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Regierungsbeteiligung ist jeweils konkret-historisch zu entscheiden, wie

Bei den nachfolgenden Thesen handelt es sich um das 4. Kapitel der Studie »Die PDS in der Berliner Koalition – Erfahrungen und strategische Schlussfolgerungen«. Diese Thesen sind eine erste Verallgemeinerung, die der weiteren kritischen Reflexion bedürfen.

* Dabei kann an dieser Stelle nicht interessieren, inwieweit die PDS tatsächlich eine linkssozialistische Partei ist oder nicht.

1 Vgl. auch Benjamin Hoff: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, Thesenpapier, Workshop in Srbska Kamenice 2004, S. 1.

2 Ebenda, S. 2.

3 Siehe z. B. Peter Birke: Skizze zur Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten, Studie, Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls), Berlin 2003; drs. Sozialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen, in: UTOPIE kreativ, Heft 163 (Mai 2004), S. 426-435; Sabine Kebir: Das Bündnis und das Erbe. Ein Blick über Deutschlands Grenzen – Nachdenken über Wege zur Neuformierung der europäischen Linken, in: Neues Deutschland, 20./21. September 2003; Mimmo Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, Ms., rls, Berlin 2002; Rainer Schultz: Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, Studie, rls, Berlin 2003; Henning Süßner: Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise. Die Erfahrungen der

Linkspartei Schwedens, Ms., rls, Berlin 2003, auch in: UTOPIE kreativ, Heft 163 (Mai 2004); Roger Martelli: Kommunistische Partei Frankreichs. Beitrag für den Internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Linke Parteien im Vergleich«. Manuskript, Berlin 2002; Paulo Vannuchi: Brasilien 2002: Wie der Sieg der Arbeiterpartei PT erreicht wurde. Beitrag für den Internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Linke Parteien im Vergleich«. Manuskript, Berlin 2002; Fausto Bertinotti: 15 Theses for the PRC Congress, Rom 2004.

nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa zeigen.

Aus den Erfahrungen Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns können dafür drei Maßstäbe formuliert werden:

- Bestehen gesellschaftliche und koalitionspolitische Chancen für die Einleitung eines Kurs- und Politikwechsels?
- Gibt es beim Koalitionspartner Bereitschaft für einen politischen Neuanfang?
- Sind die konzeptionellen, kulturellen und personellen Ressourcen der linkssozialistischen Partei so, dass sie in Regierungsverantwortung »Eigenes« einbringen und als selbständige politische Kraft und zuverlässiger Partner in der Koalition handeln kann?

Diese allgemeinen Maßstäbe sind in Koalitionsverhandlungen und in der Regierungspolitik jeweils konkret zu untersetzen.

Es ist aber auch ein gesellschaftlicher Zustand denkbar, wo Regierungsbeteiligung oder -tolerierung von Linkssozialisten allein deshalb erforderlich wird, um die Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung zu verhindern. In diesem Sinne Regierungsbeteiligung auch dann, wenn gesellschaftliche Voraussetzungen für einen grundlegenden Kurs- und Politikwechsel oder gar für eine gesellschaftliche Transformation fehlen und allein »Verhinderung von Schlimmerem« das Handeln dominieren muss.

Für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung gibt es keine Garantie des Gelingens. Regierungsbeteiligung bedeutet neue Chancen und neue Risiken zugleich. Die Frage, wie Gewinne zu maximieren und Verluste zu minimieren sind, muss deshalb das Regierungshandeln ständig kritisch begleiten.

Mögliche Gewinne sind auf verschiedenen Ebenen auszumachen: *Materiell*, weil Forderungen, die zu Oppositionszeiten vergeblich eingefordert wurden, nun eher Chancen der Realisierung haben. *Politisch*, weil Regierungsbeteiligung und -verantwortung die Gestaltungs- und Handlungskompetenzen der Linkssozialisten erhöht, ihnen Wege zu neuen institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren öffnet und insgesamt die Akzeptanz der linkssozialistischen Partei zu stärken vermag. *Gesellschaftspolitisch*, weil überzeugendes Regierungshandeln einer linkssozialistischen Partei ein entscheidender Schritt sein kann zur Etablierung eines linkssozialistischen Projekts als politische Normalität in Deutschland. Das würde einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur in Deutschland bewirken.

Den neuen Chancen stehen neue *Risiken* gegenüber. Die systemischen Integrations- und Absorbierungstendenzen und die Erfordernisse sowie Sachzwänge in der Regierungsverantwortung können sich als »Fallstricke« für linkssozialistische Regierungsbeteiligungen erweisen. Regierungshandeln bedeutet Einbindung in die Ambivalenzen der Systemlogik, in die Überlappung von Kapital- und Soziallogiken.⁴ Die einen (Kapitallogiken) zu meiden und nur auf die anderen (Soziallogiken) zu setzen, ist im Regierungshandeln innerhalb einer kapitaldominierten Ordnung kaum möglich. Um so wichtiger ist es für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, die Soziallogiken zu stärken und sich an einer Politik sozialer Gerechtigkeit und Bürgerpartizipation zu orientieren.

4 Vgl. Michael Brie, Dieter Klein: Wie: die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen, Ms., rls, Berlin 2004, S. 9/10.

Angesichts der tiefen Umbrüche in der kapitalistischen Ökonomie und der zivilen bürgerlichen Gesellschaft macht sich der fehlende konzeptionelle Vorlauf über die Regulationsmöglichkeiten linken Handelns in Regierungsverantwortung, über alternative Handlungsoptionen, über die heutige Wirksamkeit keynesianischer Instrumente der Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit neuer besonders nachhaltig bemerkbar.

Die Frage nach dem sozialistischen Profil, der sozialistischen Identität stellt sich schon deshalb auf neue Art und Weise. Kompetenzzugewinn im Regierungshandeln kann mit Profil- und Identitätsverlust des linkssozialistischen Projekts einhergehen.

Gerade der kleine Partner in einer Koalition unterliegt schnell der Gefahr, dass seine Handschrift, seine Identität in den Kompromissen der Regierungspolitik und der vielfältigen Aushandlungsmechanismen der Koalition nicht mehr (genug) kenntlich wird. Doch verfügt der kleine Koalitionspartner nicht nur über begrenzte, sondern – was zumeist übersehen wird – auch über spezifische Möglichkeiten des Handelns in einer Koalition. Vor allem dann, wenn von ihm innovative Ideen ausgehen, tragfähige Alternativen formuliert werden und dafür die politische Öffentlichkeit gesucht wird.

Linkssozialistische Parteien müssen es lernen, mit diesen Widersprüchen umzugehen und sie produktiv zu handhaben. Risiken begegnet man nicht mit Abschottung und Rückzug, sondern am ehesten durch Mobilisierung des intellektuellen und gesellschaftskritischen Potenzials. Auch in diesem Sinne ist Regierungsbeteiligung ein permanenter Lernprozess, der, kritisch reflektiert und ausgewertet, zum eigentlichen Gewinn für eine linkssozialistische Partei werden kann.

Um die unvermeidlichen Dilemmata linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung zu begrenzen, gibt es keinen Königsweg. Mit einem Blick auf die PDS-Regierungsbeteiligung in Berlin können jedoch einige Erfahrungen problematisiert werden:

- Vor der Regierungsbeteiligung sollten keine Erwartungen geweckt (ungedechte Versprechen) werden, die später beim besten Willen nicht eingehalten werden können und nur Enttäuschungen produzieren. Notwendig ist eine ernsthafte Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Situation im Lande, eine kritische Bilanz der Vorgängerregierung und vor allem ein Aufzeigen machbarer Alternativen.

- Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert, das Ziel der Regierungsbeteiligung klar und nachvollziehbar zu definieren. Erforderlich ist eine der (Regierungs-)Politik zugrunde liegende zentrale Idee und die Kommunizierung eines positiven Leitbildes, das in die Zukunft weist: Die Linke wird nur dann hegemoniefähig, wenn sie mit den »Mühen der Ebene« zugleich ein zukunftsfähiges und glaubwürdiges Bild von dem »Wohin« aufzuzeigen vermag. Ein gesellschaftspolitisches Konzept also, das im Vergleich zu anderen drei Merkmale aufweisen sollte: Sozial gechter, produktiver (innovativer), bündnisfähiger.

- Wichtig gerade für den kleineren Partner in der Koalition ist die Definition eigener, zentraler politischer Projekte. Sie sollten diese Par-

tei als »moderne politische Kraft« ausweisen, »milieuverträglich« sein, innerhalb der Legislaturperiode umsetzbar sein und eine gute Wahlkampfpräsentation ermöglichen. Diese ressortübergreifenden Projekte gilt es in operative Politiktechniken zu übersetzen und mit der gemeinsamen Kraft der Senatoren und der Fraktion umzusetzen. Hier lohnt ein Blick auf die Grünen in der Bundesregierung, denen – bei aller Kritik ihrer Gesamtpolitik – dies weitgehend gelungen ist.⁵

5 Vgl. Peer Pasternack: Hochschulbildung zwischen Zweckfreiheit und Nützlichkeit, Theorie und Politik, Ms., Halle/Wittenberg 2004, S. 15.

- Das Hauptproblem für linke Parteien, gerade in einer Koalition, ist offensichtlich, wie glaubwürdig ihre Politik ist bzw. wahrgenommen wird. Wie Erfahrungen zeigen, erlangt man Glaubwürdigkeit dadurch, dass sich die Politik durch Stetigkeit statt Anpassung an wechselnde Gegebenheiten und Stimmungen, durch klar umrissene Ziele und Projekte statt Beliebigkeit, durch Gerechtigkeit und Offenheit auszeichnet.

Das Projekt einer linkssozialistischen Regierungsbeteiligung auf Landesebene hat nur als gemeinsames Projekt von Landes- und Bundespartei eine ernsthafte Realisierungschance. Im Grunde können nur beide gewinnen oder beide verlieren.

Diese Erkenntnis bestimmte für lange Zeit nicht das Handeln der PDS. Das konflikthafte Verhältnis zwischen dem Projekt der Regierungsbeteiligung in Berlin und der Politik der Bundespartei durchlief zwischen 2001 und 2004 mehrere Phasen, die mit den symbolischen Begriffen vom unproblematisierten »Miteinander« über ein »Gegeneinander« zum »Nebeneinander« mit Übergängen zu einem problematisierten »Miteinander« beschrieben werden können.

Mit der Regierungsbeteiligung hat der Landesverband den beschwerlichen Weg von politischem Neuland beschritten: praktisch-politisch, geistig-ideell, strategisch-programmatisch. Und dies, ohne sich auf entsprechenden konzeptionellen Vorlauf in der Gesamtpartei stützen zu können. Die Schwächen der Regierungsbeteiligung widerspiegeln deshalb immer auch die Schwächen der Bundespartei.

Mit der Regierungsbeteiligung wird nun praktisch geprüft, ob und wie durch eine rot-rote Koalition in der Bundesrepublik Deutschland eine »andere Politik« machbar ist; ob und wie Linkssozialismus in Regierungsverantwortung hierfür einen eigenen und anerkannten Beitrag leistet. Die Befürworter und Akteure dieser Regierungsbeteiligung stehen damit aber auch in der Verantwortung, zu beweisen, dass dadurch nicht nur eine Politik der Schadensbegrenzung und des »kleineren Übels«, wie ihre Kritiker mutmaßen, sondern ein Kurs- und Politikwechsel möglich wird. Die Verantwortung der Akteure dieser Regierungsbeteiligung ist also beträchtlich. Auf die Ergebnisse dieses »Tests« werden sich Befürworter und Gegner berufen.

Das mindeste, was die Akteure einer Regierungsbeteiligung bei ihrem »Praxistest« von der Bundespartei erwarten können, ist eine solidarisch-kritische Begleitung und Unterstützung. Denn es liegt im Interesse der Gesamtpartei, die Prüfung dieses Experiments zu bestehen und aus den Erfahrungen zu lernen. Beim Gelingen kann sie Nutzen ziehen: Entwicklung von Lernfähigkeit als Aneignung neuen Umwelt(Gesellschafts)wissens, Kompetenz- und Akzeptanzgewinn, Stärkung ihres politischen Einflusses in der Gesellschaft, neue Chancen für neue Akteurskonstellationen. Wie sie andererseits beim

Scheitern die Verluste zu tragen hätte, d. h. vor allem mit den Konsequenzen und Folgen umzugehen, dass linkssozialistische Regierungsbeteiligung keine praktische Alternative zum hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsprojekt bietet.

Statt kritisch-solidarischer Begleitung und Unterstützung gab es seit September/Oktober 2002 vermehrt Schuldzuweisungen an die »Berliner« und wechselseitige Blockaden. Erst mit der Wahl Lothar Biskys zum Parteivorsitzenden und der Konstituierung des neuen Parteivorstandes 2003 hat sich diese Situation schrittweise verändert. Damit trat auch ein Wandel in der offiziellen PDS-Debatte um Regierungsbeteiligungen ein. Regierungsbeteiligung soll nun nach Vorstellungen der Führungsspitze als »immanenter Bestandteil der Politik der PDS« verstanden und gehandhabt werden. Die Ergebnisse der Regierungsbeteiligung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern werden inzwischen durch den Parteivorstand ausgewogen interpretiert. Der Informationsaustausch und das Zusammenwirken bei der Erarbeitung bestimmter bundespolitischer Alternativkonzepte ist, wie Insider feststellen, besser geworden. Im Juni 2004 fand das zweite Treffen des Parteivorstandes, der Landes- und Fraktionsvorsitzenden zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin statt, auf dem ein sachlicher und konstruktiver Erfahrungsaustausch erfolgte.

Die Nachwirkungen der grundlegenden Differenzen in der Bewertung der Regierungsbeteiligung innerhalb der Gesamtpartei sind jedoch auf beiden Seiten noch immer spürbar. Das kann kaum überraschen. Denn die kontroverse Diskussion um die Regierungsbeteiligung der PDS hat tiefer liegende Gründe. Widerspiegeln sich hierin doch letztlich nur die unterschiedlichen Vorstellungen vom Charakter der (einer) Partei, von ihrer Rolle in der heutigen Gesellschaft, ihren strategischen Orientierungen und der Wirksamkeit der verschiedenen politischen Handlungsebenen.

Der Dissens in der Beurteilung der Chancen und Risiken der Regierungsbeteiligung wird deshalb nicht so rasch zu überwinden sein. Die Frage ist, ob diese Diskussion »praxistauglich« zu den spezifischen Gestaltungsoptionen und -ergebnissen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung geführt wird und so zu einem möglichen politischen Substanzgewinn beiträgt. Dies verlangt von den Führungsgremien der Bundespartei die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung systematisch und unvoreingenommen auszuwerten und konzeptionell zu verarbeiten.

Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert Dialog und Verständigung mit den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften.

Dies ist um so dringender, als sich mit der Beteiligung einer linkssozialistischen Partei an einer Koalitionsregierung die Funktion und die Verantwortung zwischen ihr und den sozialen Bewegungen sowie Gewerkschaften weiter ausdifferenzieren. Eine linkssozialistische Regierungspartei ist nicht verpflichtet, eine außerparlamentarische Bewegung zum Sturz der eigenen Regierung zu unterstützen. Aber ohne offenen und öffentlichen Dialog mit den verschiedenen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, ohne gesellschaftliche Mobilisierungsstrategien ist ein Politikwechsel nicht zu schaffen und

kann eine linkssozialistische Partei auf Dauer nicht überleben. Die neuen Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung sind zu nutzen, um die demokratische Linke sozial und kulturell tiefer in der Gesellschaft zu verankern und vor allem, um die zivilgesellschaftlichen Akteure und das Bürgerengagement zu stärken. Dafür sind neue, auch institutionelle Formen, zu erkunden.

Darüber hinaus ist die Diskussion mit den Vertretern der Linken in der Sozialdemokratie und den Grünen sowie von Linkspartei-Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene zu organisieren. Ein solcher Diskurs könnte dazu beitragen, sich u. a. über Möglichkeiten alternativer Politikgestaltung und transformatorischer Projekte zu verständigen.

Linkssozialistische Regierungsbeteiligung verändert das Beziehungsgeflecht zwischen den Akteuren der Partei – vor allem zwischen den Ministern (Senatoren), der Fraktion und dem Landesverband.

Wie sich zeigt, rücken unter Bedingungen der Regierungsbeteiligung die Senatoren (Minister) und die Fraktion ins Zentrum der Öffentlichkeit und der Bewertung der Partei. Auch innerhalb des Landesverbandes verschieben sich die Proportionen hin zur Fraktion und den Regierungsvertretern, deren Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen beträchtlich herausgefordert sind.

Für den Landesverband ergibt sich daraus zweierlei: Er sollte zum einen die Regierungsbeteiligung solidarisch begleiten, aktiv unterstützen und auch kontrollieren. Seine Rolle ist jedoch nicht auf die einer Assistenz des Regierungshandelns und Absicherung der Regierungspolitik zu reduzieren. Er sollte im Gegenteil die Fähigkeit zur strategischen Offensive bewahren bzw. zurück gewinnen (geistige Offensive, Initiativen zur Projektformulierung, Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, Mobilisierung der Mitgliedschaft). Zum anderen ist gerade der Landesverband berufen, eine »authentische« (aber realistische) linkssozialistische Politik zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren, da Regierungspolitik durch komplizierte parlamentarische Aushandlungsverfahren in aller Regel Kompromisscharakter trägt. Dies ist kein Plädoyer für eine Doppelstrategie, aber linkssozialistische Politik in unterschiedlichen Handlungsräumen nimmt unterschiedliche Formen an.

Die Regierungsbeteiligung einer linkssozialistischen Partei stellt auf neue Art die Frage nach dem Verhältnis zum sozialdemokratischen Koalitionspartner.

Die bisherigen Erfahrungen der PDS Berlin (wie übrigens die der PDS von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommerns) korrespondieren mit denen, die linkssozialistische Parteien West- und Nordeuropas während der Beteiligung an sozialdemokratisch geführten Regierungen gesammelt haben:

- Weder die kritiklose Nähe zum sozialdemokratischen Koalitionspartner noch die scharfe Abgrenzung oder gar das Zusammengehen mit populistischen Kräften zum Sturz linker Regierungen haben der sozialistischen Linken Erfolg gebracht, wie die Erfahrungen in Italien, Frankreich, Spanien, Schweden und Niederlande belegen. Unkritische Nähe führt zu Verlust an Identität, Glaubwürdigkeit und

Wählern; scharfe Abgrenzung, opportunistisches Taktieren gegen die Sozialdemokratie gefährden das linke Regierungsprojekt, führen zu Verunsicherung (u. U. zur Spaltung) des linken Lagers, zum Machtverlust der demokratischen Linksregierung und bedeuten in aller Regel Einbußen im linken Wählerpotenzial.⁶

- Notwendig ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stärkung des eigenen Profils in Programmatik und praktischer Politik (Projektdefinition, Ausarbeitung von Alternativen, enge Beziehung zu sozialen und demokratischen Bewegungen, Präsenz in sozialen Brennpunkten) sowie einer vertrauensvollen, unaufgeregten Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner. Dies erfordert auf beiden Seiten zu akzeptieren, dass der andere anders ist als man selbst und es im Grundlegenden bleiben soll.

Die Sicherung einer »strategischen Unabhängigkeit« gegenüber der Sozialdemokratie wie gegenüber den beiden großen politisch-parlamentarischen Blöcken (Rot-Grün, Schwarz-Gelb) wird für die PDS langfristig zu einem entscheidenden Erfordernis ihrer Politik. Dies stellt neue Fragen im Verhältnis von parteipolitischer Kooperation und Autonomie.

Koalitionsbruch ist die Ausnahme und das letzte Mittel. Er ist in aller Regel nicht die Lösung der Probleme, sondern ihre Vertagung oder ihre Verschärfung.

D. h. andererseits nicht, dass das vorzeitige Verlassen einer Koalition, einer Zusammenarbeit auf Regierungsebene auf Zeit, völlig tabu sein kann: Wenn die Grundlagen der Zusammenarbeit (Koalitionsvertrag) von einer Seite aufgekündigt werden oder/und die andere Seite zur einseitigen Anpassung an den Koalitionspartner, zur Preisgabe des eigenen Profils, der eigenen Projekte veranlasst wird, ist ein Koalitionsbruch prinzipiell nicht auszuschließen.

Nach dem Eintritt in eine Koalition auf Zeit und nach einer beachtlichen politischen und personellen Investition in diese wäre der Bruch jedoch die schlechteste Variante der Politik der PDS. Die Folgen eines Koalitionsbruchs wären absehbar:

- Die Glaubwürdigkeitskrise der PDS in der Öffentlichkeit würde sich vor allem längerfristig stärker ausprägen (»Eigenes Scheitern wird kaschiert«, »Verlassen des sinkenden Schiffes«, »Können es eben nicht«, »Unzuverlässigkeit«) als infolge von objektiven und subjektiven Schwächen des Regierens.

- Die PDS wäre für lange Zeit als Koalitions- und Regierungspartner ausgeschlossen.

- PDS-intern würde es als »Sieg« der »Protest- und Oppositionsanhänger« über die Anhänger einer »linkssozialistischen, reformgestaltenden und damit gesellschaftsverändernden Kraft« gedeutet werden mit Langzeitwirkung für Profil und Politik der Partei.

Zustimmung bei einem eher kleinen Kreis und möglicherweise kurzfristiger Akzeptanzgewinn in bestimmten gesellschaftlichen Akteursgruppen (in der Regel oft Partner eines linkssozialistischen Projekts) stünden in keiner Relation zu den langfristigen negativen Folgen für Glaubwürdigkeit, Ansehen, Profil, Politikfähigkeit und die gesellschaftspolitische Verankerung der PDS im Land und im Bund.

6 Vgl. Sabine Kebir 2003 und Quellen der Fußnote 2.

Bei allen Überlegungen zur Thematik Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien ist zu bedenken: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung ist nur *eine* Form politischen Handelns, mit spezifischen Möglichkeiten und Restriktionen. Sozialer und politischer Wandel bzw. gesellschaftliche Transformation erfordern die »Einheit und Differenz« zwischen den *verschiedenen* Formen politischen *und* gesellschaftlichen Handelns, zwischen politischen *und* zivilgesellschaftlichen Akteuren und Projekten. Um so mehr, als eine Abnahme ausschließlich staatlicher, machtpolitischer Orientierungen und eine Zunahme hegemonialer, gesellschafts-politischer Orientierungen zu registrieren sind. Ein linkssozialistisches Projekt dürfte in Deutschland jedoch nur in der Einheit *beider* Handlungs- und Orientierungsebenen eine gesellschaftliche Chance haben. Schon deswegen ist die in der PDS zu beobachtende pauschale Entgegensetzung der einen gegen die andere Ebene fragwürdig.

In diesem Sinne ist das Projekt »Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung«, unabhängig von Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern, ein politisch-zivilgesellschaftliches Projekt und zugleich ein »Projekt strategischen Lernens« für neuen Kompetenzerwerb, für die Qualifizierung politischer Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft.